

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI

## § 1 Grundlagen

A. Einleitung .....	1
B. Begriff der „Haftung“ .....	3
C. Haftungsbegründung und -begrenzung .....	9
D. Untersuchungsgegenstand und Gang der weiteren Darstellung .....	14
E. Forschungsstand .....	15
F. Der verfassungsrechtliche Rahmen .....	16

## § 2 Einzelne Haftungsbeschränkungsinstrumente

A. Haftungshöchstsummen .....	29
B. Restschuldbefreiung .....	102
C. Beschränkte Erbenhaftung, §§ 1967 ff. BGB .....	140
D. Institutionelle Haftungsbeschränkung am Beispiel der GmbH .....	243
E. Haftungsersetzung durch Versicherungsschutz .....	429
F. Beschränkte Arbeitnehmerhaftung .....	508

## § 3 Übergreifende Aspekte

A. Einleitung .....	597
B. Allgemeine Reduktionsklausel bei Schadensersatzansprüchen: Abzugsrecht des Richters? .....	598
C. Abdingbarkeit von Haftungsbeschränkungsinstrumenten .....	657

D. Haftungsbeschränkung als Element moderner Industrie- gesellschaften .....	741
E. Fazit .....	760

## § 4 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

A. Die wichtigsten Ergebnisse des Grundlagenkapitels (§ 1) .....	763
B. Die wichtigsten Ergebnisse in Bezug auf die einzelnen Haftungsbeschränkungsinstrumente (§ 2) .....	764
C. Die wichtigsten Ergebnisse aus dem Kapitel „Übergreifende Aspekte“ (§ 3) .....	774
Literaturverzeichnis .....	777
Sach- und Paragraphenverzeichnis .....	811

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX

## § 1 Grundlagen

A. Einleitung .....	1
B. Begriff der „Haftung“ .....	3
I. Der Haftungsbegriff als Ausgangspunkt der weiteren Untersuchung .....	3
II. Die klassische Lehre der Dichotomie von „schulden“ und „haften“ .....	3
III. Abweichende Deutungen .....	5
IV. Haftungsbegriff im Sinne dieser Untersuchung .....	5
1. Haftung als „verpflichtet sein“ .....	5
2. Keine Beschränkung auf Schadensersatzansprüche .....	8
3. Zwischenergebnis .....	9
C. Haftungsbegründung und -begrenzung .....	9
I. Haftungsbeschränkung bei Abweichung vom gesetzlichen „Regelfall“? .....	10
II: Orientierung an den Beweislastregelungen? .....	11
III. Orientierung an den Einwendungskategorien .....	12
1. Ausgangspunkt .....	12
2. Herausnahme rechtshindernder Einwendungen .....	12
3. Nicht zu untersuchende rechtsvernichtende/-hemmende Einwendungen .....	12
D. Untersuchungsgegenstand und Gang der weiteren Darstellung ..	14
E. Forschungsstand .....	15

F. Der verfassungsrechtliche Rahmen .....	16
I. Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG .....	16
1. Zum sachlichen Schutzbereich der Eigentumsfreiheit .....	16
2. Abgrenzung Enteignung versus Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	17
II. Allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 3 I GG .....	19
1. Die verschiedenen „Formeln“ zur Inhaltsbestimmung des allgemeinen Gleichheitssatzes .....	20
2. Bestimmung des Anwendungsbereichs dieser Formeln .....	21
3. Grundlagen für die weitere Untersuchung .....	23
4. Rechtsfolgen eines Gleichheitsverstosses .....	25
III. Die Schutzpflichtdimension der Grundrechte .....	26
1. Grundlagen .....	26
2. Ausprägung: Pflicht zum Normerlass .....	27
3. Grenzen .....	28

## § 2 Einzelne Haftungsbeschränkungsinstrumente

A. Haftungshöchstsummen .....	29
I. Begriff und dogmatische Verortung als Schuldbeschränkung ....	29
II. Systematisierung und Bestandsaufnahme des geltenden Rechts ..	29
1. Anwendungsbereich: Charakteristikum von Tatbeständen verschuldensunabhängiger Haftung? .....	29
2. Typisierungen der Haftungshöchstsummen .....	32
a) Gesetzliche Anordnung versus „Vertragslösung“ .....	32
b) Globalgrenzen versus Einzelgrenzen .....	32
c) Abstrakte Haftungshöchstsummen versus Anknüpfung an einzelfallrelevante Umstände .....	33
III. Rechtspolitische und -dogmatische Legitimation von Haftungshöchstsummen .....	35
1. Beschränkung verschuldensunabhängiger Haftungs- tatbestände .....	35
a) Rechtstradition als Rechtfertigung? .....	35
b) (Isoliert) Schutz vor ruinöser und damit prohibitiv wirkender Haftung? .....	37
c) (Isoliert) Versicherbarkeit des Haftungsrisikos? .....	39
aa) Meinungsstand .....	39
bb) Stellungnahme .....	40
d) „Gerechter“ Ausgleich für strenge Haftung .....	42

aa) Einleitung .....	42
bb) Zweispurigkeit des geltenden Haftungsrechts .....	43
cc) Sachgerechter Interessenausgleich; Zusammenhang zum Versicherbarkeitsargument und zum Schutz vor potentiell ruinöser, prohibitiv wirkender Haftung .....	46
dd) Kein Gegenargument aus atypischen Konstellationen .....	49
ee) Änderung durch Einführung der Restschuldbefreiung? .....	49
e) Zwischenergebnis .....	51
2. Beschränkung verschuldensabhängiger Haftungstatbestände ..	51
a) Die verschiedenen Haftungstatbestände .....	52
b) Zwischenergebnis .....	53
IV. Verfassungsrechtliche Fragen .....	54
1. Verfassungskonformität von Haftungshöchstsummen bei verschuldensunabhängigen Haftungstatbeständen .....	54
a) Verstoß gegen Art. 3 I GG? .....	54
b) Verstoß gegen Art. 14 I GG? .....	55
c) Verstoß gegen staatliche Schutzpflichten? .....	55
aa) Grundsatz .....	55
bb) Geltung auch bei Verdrängung der allgemeinen (deliktischen) Haftungsregelungen? .....	58
d) Zwischenergebnis .....	63
2. Verstößt die Nichtnormierung von Haftungshöchstsummen bei verschuldensunabhängigen Haftungstatbeständen gegen Art. 3 I GG? .....	63
a) Genus proximum der weiteren Prüfung .....	64
b) § 89 WHG, § 833 S. 1 BGB .....	65
aa) Ungleichbehandlung und Rechtfertigungsmaßstab .....	65
bb) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung? .....	65
cc) Rechtsfolgen des Verstoßes .....	68
c) §§ 29, 30 BJagdG .....	68
d) § 53 I LuftVG .....	69
e) §§ 302 IV 2, 600, 717 II, 799a, 945 ZPO .....	70
f) § 14 S. 2 BImSchG, § 11 LuftVG, § 7 VI AtomG, § 23 S. 2 GenTG, § 16 I 3 WHG .....	70
g) § 906 II 2 BGB (analog) .....	71
h) §§ 414, 451, 455 II, 468 III HGB .....	75
3. Unvereinbarkeit der Bereichsausnahme für Grundstücke (§ 10 III HaftpflichtG, § 117 I Nr. 2 Hs. 2 BBergG) mit Art. 3 I GG? .....	78
a) § 117 I Nr. 2 Hs. 2 BBergG .....	78
b) § 10 III HaftpflichtG .....	79
4. Verfassungswidrigkeit der summenmäßigen Beschränkung verschuldensabhängiger Tatbestände? .....	81

a) § 323 II HGB (gegebenenfalls in Verbindung mit § 49 AktG) . . . . .	81
aa) Ungleichbehandlung . . . . .	81
bb) Prüfungsmaßstab . . . . .	82
cc) Legitimes Differenzierungsziel . . . . .	82
dd) Eignung und Erforderlichkeit . . . . .	83
ee) Angemessenheit . . . . .	83
ff) Ergebnis und Konsequenzen . . . . .	86
b) §§ 18, 12, 12a StVG . . . . .	86
c) § 675v I 2, 1 BGB . . . . .	88
5. Verfassungswidrige Berechnungsmaßstäbe im handels- rechtlichen Transportrecht . . . . .	89
a) Fracht- und Speditionsvertrag . . . . .	89
b) Umzugsvertrag . . . . .	92
c) Lagervertrag . . . . .	93
d) Seefrachtvertrag . . . . .	93
e) Fazit und Neuregelungsvorschläge für den Fracht-, Speditions- und Umzugsvertrag . . . . .	94
V. Problematik der „Überalterung“ von Haftungshöchstsummen .	95
VI. Zusammenfassung . . . . .	96
1. Erscheinungsformen . . . . .	96
2. Rechtspolitische und -dogmatische Legitimation . . . . .	97
a) Verschuldensunabhängige Tatbestände . . . . .	97
b) Verschuldensabhängige Haftungstatbestände . . . . .	99
3. Verfassungsrechtliche Fragen . . . . .	99
a) Haftungshöchstsummen bei verschuldensunabhängigen Haftungstatbeständen . . . . .	99
b) Nichtnormierung von Haftungshöchstsummen bei verschuldens- unabhängigen Haftungsnormen . . . . .	100
c) Bereichsausnahmen für Grundstücke . . . . .	100
d) Haftungshöchstsummen bei Verschuldenstatbeständen . . . . .	101
e) Berechnungsmaßstäbe im handelsrechtlichen Transportrecht . . . .	101
4. Aktualisierung von Haftungshöchstbeträgen . . . . .	101
B. Restschuldbefreiung . . . . .	102
I. Hintergründe, Bedeutung und Ablauf . . . . .	102
II. Verfassungsrechtliche Bewertung . . . . .	105
1. Die grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Restschuldbefreiungsverfahrens – Verletzung von Art. 14 I GG? . . . . .	105
a) Schutzbereich . . . . .	105
b) Enteignung oder Inhalts- und Schrankenbestimmung? . . . . .	105
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Restschuldbefreiung . .	109

aa) Legitimes Ziel .....	109
bb) Geeignetheit des Restschuldbefreiungsverfahrens zur Erreichung dieses Ziels .....	112
cc) Erforderlichkeit des Restschuldbefreiungsverfahrens .....	114
dd) Angemessenheit/Proportionalität .....	115
2. Verfassungswidrigkeit einzelner Regelungen .....	123
III. Zivilrechtsdogmatische Einordnung der Restschuldbefreiung ..	123
1. Unvollkommene Verbindlichkeit .....	123
2. Die Restschuldbefreiung als unvollkommene Verbindlichkeit mit untypischem Entstehungstatbestand .....	126
a) Die Erteilung der Restschuldbefreiung .....	126
b) Begründet der Beschluss über die Zulässigkeit des Restschuld- befreiungsantrags (§ 287a I InsO) ein „Anwartschaftsrecht“ auf Schuldumwandlung? .....	128
3. Rechtsfolgen der Umwandlung .....	129
a) Grundsätzliches .....	129
b) Aufrechnung .....	130
c) Zurückbehaltungsrecht, § 273 BGB .....	135
d) Abtretung, § 398 BGB .....	135
e) Unbegründetheit einer Klage auf Erfüllung der von der Restschuld- befreiung erfassten Forderung .....	136
4. Dogmatische Einordnung des Widerrufs der Restschuld- befreiung (§ 303 InsO) .....	137
IV. Zusammenfassung .....	138
1. Verfassungskonformität .....	138
2. Zivilrechtsdogmatik .....	139
C. Beschränkte Erbenhaftung, §§ 1967 ff. BGB .....	140
I. Einführung: Einstandsverbindlichkeit des Erben .....	140
1. Arten der Nachlassverbindlichkeiten .....	140
2. Bedeutung der Unterscheidung .....	141
3. Die konfligierenden Interessen .....	141
a) Erblasser .....	142
b) Erbe .....	142
c) Nachlassgläubiger .....	142
d) Eigengläubiger des Erben .....	143
e) Interessenausgleich als Aufgabe des erbrechtlichen Haftungsregimes .....	144
4. Gang der weiteren Untersuchung .....	144
II. Die einzelnen Haftungsbegrenzungsinstrumente .....	145
1. (Inventarerrichtung, §§ 1993 ff. BGB) .....	145

a) Historische Entwicklung .....	145
b) Heutige Gesetzesfassung .....	145
2. Nachlassverwaltung .....	146
a) Zweck der Nachlassverwaltung vor dem historischen Hintergrund .....	146
b) (Praktische) Rechtsfolgen .....	147
c) Das Schicksal der Haftungsbeschränkung bei Beendigung der Nachlassverwaltung, insbesondere: §§ 1990 ff. BGB analog? .....	148
3. Nachlassinsolvenzverfahren .....	153
a) Zweck und Rechtsfolge der Insolvenzeröffnung .....	153
b) Rechtsfolgen bei Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens ..	153
aa) Unproblematische Fallgruppen .....	153
bb) Gantverzicht .....	154
cc) Rechtsfragen des § 1989 BGB .....	154
4. Das Aufgebotsverfahren samt Ausschließungseinrede, §§ 1970 ff. BGB .....	157
5. Die Verschweigungseinrede, § 1974 BGB .....	159
a) Allgemeines .....	159
b) Anwendbarkeit auf nach Fristablauf entstandene Forderungen ...	160
aa) Meinungsstand .....	160
bb) Relevanz .....	160
cc) Die Argumente Muschelers .....	161
dd) Stellungnahme .....	161
6. Die Dürftigkeitseinrede, § 1990 BGB .....	164
a) Historischer Hintergrund: Die Abzugseinrede des Ersten Entwurfs .....	164
b) Zweck der heutigen Gesetzesregelung .....	165
c) Die verschiedenen Einreden des § 1990 I BGB .....	165
d) Pflichten des Erben infolge der Einredeerhebung .....	167
e) Abmilderung der asymmetrischen Haftungsstruktur via § 784 II ZPO analog, §§ 1991 I, 1978 I, 280 BGB .....	168
aa) Problembeschreibung .....	168
bb) Meinungsspektrum .....	169
cc) Stellungnahme .....	170
f) Zusammenfassung .....	179
7. Die Überschwerungseinrede des § 1992 BGB .....	179
a) Zweck .....	179
b) Voraussetzungen .....	180
c) Rechtsfolgen .....	181
8. Die dilatorischen Einreden der §§ 2014, 2015 BGB .....	182
a) Dreimonatseinrede, § 2014 BGB .....	182
b) Einrede des Aufgebotsverfahrens, § 2015 BGB .....	183



9. Haftung des Erben bei Testamentsvollstreckung .....	183
a) Keine Beschränkung der Nachlassgläubiger .....	183
b) Schutz des Nachlasses vor den Eigengläubigern .....	184
c) Dogmatische Bewertung .....	185
10. Keine Wirkung auf Sicherungsgeber .....	185
III. Dogmatische Einordnung der Vermögenssonderung .....	186
1. Die verschiedenen Erklärungsmodelle (anhand der §§ 1975 ff. BGB) .....	186
a) Vollständiger Wegfall der Schuld des Erben (Die Lehre vom „Nachlass als [Quasi-] Rechtssubjekt“ beziehungsweise „selbständiges Sondervermögen“) .....	186
b) Erbe als persönlicher Schuldner .....	188
aa) „Lehre von der Verengung der persönlichen Schuld“ .....	188
bb) „Theorie der reinen Haftungsbeschränkung“ .....	188
cc) Verdopplung der Subjektsqualität des Erben (Die „Lehre von der Personalunion des Erben“) .....	189
2. Anwendung dieser Auffassungen auf §§ 1973 f., 1990 ff. BGB? .....	189
3. Stellungnahme .....	190
a) Ablehnung der Lehren vom „Nachlass als (Quasi-) Rechtssubjekt“ beziehungsweise vom „Nachlass als selbständiges Sondervermögen“ .....	190
b) Vorzugswürdigkeit der „Theorie der reinen Haftungs- beschränkung“ .....	192
aa) Wortlaut .....	192
bb) Systematische Stellung .....	193
cc) Deklaratorischer Charakter des § 1629a III BGB .....	193
dd) Kein Widerspruch zwischen vollumfänglicher Schuld und eingeschränkter Vollstreckbarkeit .....	194
ee) Widersprüchlichkeit und Nähe Marotzkes zur „Theorie vom Nachlass als (Quasi-)Rechtssubjekt“ .....	195
ff) Entkräftung der Einwände Schröders gegen die hier vertretene Auffassung .....	195
gg) Ergebnis .....	205
4. Folgerungen aus der Qualifikation als reiner Haftungs- beschränkung .....	205
a) Schuldnerverzug .....	205
aa) Bei der Nachlassverwaltung .....	205
bb) Im Nachlassinsolvenzverfahren .....	206
cc) Bei den Einreden der §§ 1973 f., 1990 ff. BGB .....	207
b) Rückforderungsanspruch aus § 813 I 1 BGB bei Befriedigung eines Nachlassgläubigers aus dem Eigenvermögen? .....	207

aa) Meinungsstand .....	208
bb) Stellungnahme .....	208
cc) Fazit .....	211
c) Berücksichtigung im Erkenntnisverfahren .....	211
5. Sonderfall (1): Einreden aus §§ 2014, 2015 BGB .....	214
a) Dogmatische Qualifikation .....	214
b) Folgen .....	214
aa) Befriedigung der Nachlassgläubiger; Fälligkeit; Fälligkeitszinsen .....	214
bb) Eintritt von Schuldnerverzug? .....	215
6. Sonderfall (2): Testamentsvollstreckung .....	217
7. Sonderformen der Beschränkung der Einstands- verbindlichkeit des Erben .....	217
a) Originäre Haftung cum viribus, § 5 V 4 KonsularG .....	218
b) Beschränkung schon der Schuld des Erben .....	218
aa) § 1371 IV BGB .....	218
bb) § 1586b I 1, 3 BGB .....	219
cc) §§ 102 II 2, 103 II 2 SGB XII, § 35 II 3 SGB II, §§ 1836 I 2, 1908i BGB .....	220
c) Dogmatische Bewertung .....	222
IV. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der einzelnen Instrumente ..	224
1. Haftungsbeschränkung als Eingriff in Art. 14 GG .....	224
2. Nachlassverwaltung .....	224
a) Eigengläubiger .....	224
b) Nachlassgläubiger .....	225
3. Nachlassinsolvenzverfahren .....	226
a) Nachlassgläubiger .....	226
b) Eigengläubiger .....	227
4. § 1990 BGB .....	228
a) Nachlassgläubiger .....	228
b) Eigengläubiger .....	229
5. § 1992 BGB .....	229
a) Eigengläubiger; nicht betroffene Nachlassgläubiger .....	229
b) Betroffene Nachlassgläubiger .....	229
6. §§ 1973, 1974 BGB .....	230
a) Eigengläubiger .....	230
b) Betroffene Nachlassgläubiger .....	231
7. §§ 2014, 2015 BGB .....	233
8. Testamentsvollstreckung .....	233
9. Zusammenfassung .....	234
V. De lege ferenda: Diskussion punktueller Änderungsvorschläge ..	234

1. Schaffung einer explizit-zweiseitigen Haftungsstruktur im Rahmen des § 1990 BGB .....	235
2. Anpassung der §§ 102 II 2, 103 II 2 SGB XII, § 35 II 3 SGB II, §§ 1836e I 2, 1908i BGB sowie § 5 V 4 KonsularG an das allgemeine System der Erbenhaftung .....	236
3. Ausgestaltung der Nachlassverwaltung als dauerhafte Haftungsbeschränkung? .....	237
VI. Zusammenfassung .....	238
1. Streitfragen bei den einzelnen Haftungsbegrenzungs- instrumenten .....	238
2. Dogmatische Qualifikation als Haftungsbeschränkung .....	240
3. Verfassungskonformität .....	242
4. Vorschläge de lege ferenda .....	243
D. Institutionelle Haftungsbeschränkung am Beispiel der GmbH .	243
I. Einleitung; Gegenstand und Gang der Untersuchung .....	243
II. Beschreibung und dogmatische Einordnung als Schuldbeschränkung .....	244
III. Rechtspolitische und -dogmatische Legitimität des § 13 II GmbHG .....	245
1. Notwendigkeit einer Rechtfertigung? .....	245
2. Schutz des Gesellschafters/Förderung der Unternehmer- initiative .....	250
a) Schutz des Gesellschafters? .....	250
b) Förderung der Unternehmerinitiative .....	252
aa) Historischer Zweck der GmbH .....	252
bb) Weitgehende Zweckkontinuität .....	253
cc) Änderung durch Schaffung der §§ 286 ff. InsO? .....	255
dd) Zwischenergebnis .....	256
3. Einwand 1: Verminderter Sorgfaltsstandard der Geschäftsführer? .....	256
4. Einwand 2: Missbrauchsgefahr? .....	258
5. Einwand 3: Korrespondenz von Herrschaft und Haftung als Funktionsbedingung einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung? .....	259
a) Der ordoliberaler Ansatz (Korrespondenzthese) .....	259
b) Ausgangspunkt: Haftung als Baustein der marktwirtschaftlichen Ordnung .....	260
c) Bedeutungslosigkeit der Gesellschafterhaftung? .....	261
d) Unbeherrschbarkeit des Unternehmerrisikos? .....	262
e) Protektion gegen Kapitalverschleuderung/Sicherung vorsichtiger Kapitaldispositionen .....	263

f) Monopolisierungsgefahr .....	265
g) Notwendiges Instrument zur „Bestenauslese“ .....	268
h) Abschließende Würdigung .....	270
aa) Haftungsbeschränkung als Gegenstand des Leistungs-	
wettbewerbs .....	270
bb) Empirische Erfahrung .....	272
i) Fazit .....	274
6. Einwand 4: Korrespondenz von Herrschaft und Haftung	
als (bindendes) Rechtsprinzip? .....	275
a) Meinungsstand und Gang der weiteren Untersuchung .....	275
b) Zwingende Vorgabe für den Gesetzgeber? .....	276
c) Prägendes Dogma des geltenden Rechts? .....	278
aa) Analyse des geltenden Rechts .....	278
bb) Quintessenz .....	282
cc) Anwendung auf die GmbH .....	282
dd) Zwischenergebnis .....	284
7. Fazit .....	284
IV. Gläubigerschützende Instrumentarien .....	285
1. Schutz durch Information (Publizitätspflichten) .....	285
a) Personenbezogene Informationen .....	285
b) Höhe der Stammkapitalziffer .....	286
c) Hinweis auf die Rechtsform .....	287
d) Publikation der Rechnungslegung .....	288
e) Auflösung der Gesellschaft .....	289
2. Selbstschutzmöglichkeiten .....	289
3. Schutz durch das gesetzliche Mindeststammkapital .....	290
a) Kapitalaufbringung .....	290
b) Kapitalerhaltung .....	292
c) Sonderfall Unternehmergesellschaft .....	294
4. Schutz durch Insolvenzantragspflicht, § 15a InsO .....	296
a) Normzweck .....	296
b) Adressaten .....	296
c) Insolvenzverschleppungshaftung .....	297
5. Schutz per insolvenzrechtlicher Schlechterstellung von	
Gesellschafterdarlehen (§§ 39 I Nr. 5, 135 InsO) .....	299
a) Rechtslage bis zum MoMiG .....	300
b) Heutige Rechtslage .....	301
c) Rechtsdogmatische Legitimation der §§ 39 I Nr. 5, 135 InsO .....	303
aa) Entwurfsbegründung .....	303
bb) Zweckkontinuität: Fortbestand der Finanzierungs-	
folgenverantwortung .....	304
cc) Besonderes Näheverhältnis, Steuerungsmöglichkeit und	
Informationsvorsprung .....	306
dd) Gegenstück zur Haftungsbeschränkung .....	308

ee) Gleichlauf von Chance und Risiko .....	309
ff) Eigener Ansatz .....	309
gg) Zusammenfassung .....	312
6. Schutz vor Masseschmälerung bei insolvenzreifer GmbH,	
§ 64 S. 1, 2, 4 GmbHG .....	313
a) Normzweck .....	313
b) Streit um die Rechtsnatur .....	313
c) Folgerungen .....	315
d) Aktivlegitimation; Passivlegitimation der Gesellschafter? .....	317
7. Schutz durch Insolvenzverursachungshaftung,	
§ 64 S. 3 GmbHG .....	318
a) Normzweck; Verhältnis zu anderen Schutzinstrumenten .....	318
b) Norminhalt .....	319
8. Schutz bei existenzvernichtenden Eingriffen .....	320
a) Einleitung .....	320
b) Meinungsstand .....	322
aa) Die frühere Rechtsprechung des BGH .....	322
bb) Die aktuelle Rechtsprechung des BGH .....	323
cc) Meinungsstand in der Literatur (Skizze) .....	326
c) Stellungnahme .....	327
aa) Rechtsdogmatische Legitimation der Haftung .....	327
bb) Anspruch der Gesellschaft aus §§ 280, 311 I BGB .....	329
cc) Anspruch der Gesellschaft aus § 43 II GmbHG analog? .....	343
dd) Anspruch der Gesellschaft aus § 826 BGB .....	344
ee) Außenhaftung infolge teleologischer Reduktion des § 13 II GmbHG? .....	344
ff) Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger aus § 826 BGB .....	345
gg) Verhältnis der Ansprüche von Gesellschaft und Gesellschaftsgläubiger .....	350
hh) Zusammenfassung .....	353
9. Schutz vor materieller Unterkapitalisierung? .....	354
a) Einleitung .....	354
b) Meinungsstand .....	355
aa) Außenhaftung (Durchgriffshaftung) .....	355
bb) Innenhaftung (Normanwendungslehre) .....	356
cc) Ablehnung eines eigenständigen Haftungstatbestands .....	357
dd) ... aber: eigenständige Fallgruppe bei § 826 BGB? .....	357
c) Stellungnahme .....	358
aa) Finanzierungsfreiheit der Gesellschafter .....	358
bb) Historische und systematische Erwägungen .....	359
d) Ergebnis .....	363
10. Schutz bei Vermögensvermischung .....	364
a) Einleitung .....	364
b) Voraussetzungen (nach BGH) .....	365
c) Rechtsfolgen und Methodik (nach BGH) .....	367

d) Meinungsspektrum in der Literatur (Skizze) .....	367
e) Stellungnahme .....	369
aa) Ablehnung der echten Durchgriffslehren .....	369
bb) Außenhaftung im Gefolge einer teleologischen Reduktion des § 13 II GmbHG .....	369
cc) Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern aus § 826 BGB .....	374
dd) Haftung gegenüber der Gesellschaft aus §§ 280, 311 I BGB ..	374
ee) Verhältnis der Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger und der Gesellschaft .....	377
ff) Zusammenfassung .....	381
11. Zusammenfassender Überblick .....	381
V. Verfassungskonformität der geltenden Rechtslage .....	383
1. Keine Verletzung von Art. 14 I GG als Abwehrrecht .....	383
2. Verletzung staatlicher Schutzpflichten aus Art. 14 I GG? ....	383
VI. Bewertung der geltenden Rechtslage und Diskussion ausgewählter Neuregelungsalternativen .....	384
1. Säule 1: Schadenssozialisierung mittels Pflichtversicherung ..	385
2. Säule 2: Privatautonomer informationeller Gläubigerschutz ..	388
a) Hinwendung zu einem System informationellen Gläubigerschutzes? .....	388
b) Punktueller Ausbau der Publizitätspflichten .....	392
aa) Nennung der Stammkapitalziffer auf Geschäftsbriefen .....	392
bb) Eigenkapitalauskünfte auf Geschäftsbriefen .....	393
cc) Zusätzlich: Pflicht zur rechtlichen Information potentieller Geschäftspartner .....	394
c) Strengere „Sanktionen“ bei Publizitätsverstößen .....	395
3. Säule 3: Kapitalorientierte Schutzmechanismen .....	395
a) Schaffung einer Unterkapitalisierungshaftung? .....	395
b) Ansatz beim Stammkapital? .....	399
aa) Traditionelle Funktionen des Stammkapitals und Kritik ....	399
bb) Bewertung des Stammkapitalsystems .....	401
cc) Bewertung der UG .....	402
dd) Weiterentwicklung des geltenden Stammkapitalrechts .....	404
c) (Pauschale) Beteiligung am Ausfallrisiko per Nachschusspflicht? .	408
d) Ersetzung/Ergänzung der realen Kapitalaufbringung durch eine Kapitaldeckungspflicht .....	410
4. Säule 4: Erweiterung der „Verhaltenshaftung“ .....	415
a) Kein grundsätzliches Reformbedürfnis .....	415
b) Personelle Erweiterung des § 64 GmbHG auf Gesellschafter .....	416
c) Anfechtung der Rückzahlung von Gesellschafterdarlehen .....	417
aa) Abschaffung der Rechtsprechungsregeln (§ 30 I 3 GmbHG n.F.) .....	417
bb) Folgerungen .....	420

5. Säule 5: Schutz per Einschränkung des „Einsatzbereichs“ der GmbH .....	420
a) Modellbeschreibung .....	420
b) Begründung .....	422
c) Mögliche Einwände .....	423
6. Gesamtwürdigung .....	424
VII. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse .....	426
1. Grundsätzliche Legitimität der Rechtsform der GmbH .....	426
2. Streitfragen de lege lata .....	426
3. Vorschläge de lege ferenda .....	427
a) Versicherungspflicht .....	427
b) Publizität .....	427
c) Kapitalorientierte Schutzmechanismen .....	428
d) „Verhaltenshaftung“ .....	428
e) Pflicht zum Formwechsel in AG .....	429
E. Haftungsersetzung durch Versicherungsschutz .....	429
I. Einführung .....	429
II. Erfasste Fallkonstellationen und Rechtsfolgen .....	429
1. Erfasste Fallkonstellationen .....	430
a) Haftung des schädigenden Unternehmers .....	430
b) Haftung gegenüber Arbeitskollegen/dem Unternehmer .....	430
c) Haftung anderer Personen, § 106 SGB VII .....	432
d) Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereichs auf Geschädigten Seite .....	434
e) Ausschluss der Haftungsprivilegierung .....	434
2. Rechtsfolgen .....	435
a) Ausschluss von Personenschäden .....	435
b) Schmerzensgeld .....	435
c) Kein Ausschluss von Ansprüchen wegen Sachschäden .....	436
d) Exkurs: Leistungskatalog der gesetzlichen Unfallversicherung ...	437
aa) Versichertenrente, §§ 56 ff. SGB VII .....	437
bb) Leistungen an Hinterbliebene, §§ 63 ff. SGB VII .....	441
e) Keine cessio legis (§ 104 I 2 SGB VII) ...	442
f) ... aber: Rückgriff nach § 110 SGB VII .....	443
g) Anrechnung, § 104 III SGB VII .....	443
aa) Allgemeines .....	443
bb) Anrechnung auf Schmerzensgeldansprüche .....	444
cc) Ergebnis .....	449
III. Dogmatische Qualifikation der §§ 104 ff. SGB VII .....	450
1. Grundsatz: Vollständige Schuldbeschränkung in Form einer rechtshindernden Einwendung .....	450
2. Folgen .....	451

a) Allgemeines .....	451
b) Verhältnis zur beschränkten Arbeitnehmerhaftung .....	452
3. Einschränkungen .....	454
a) Regress nach § 110 SGB VII .....	454
b) § 104 III SGB VII .....	454
c) Zusammenfassung .....	455
IV. Rechtspolitische und -dogmatische Rechtfertigung der §§ 104–106 SGB VII .....	456
1. Liquiditätsargument .....	456
a) Definition .....	456
b) Anwendungsbereich .....	456
c) Bewertung .....	457
2. Friedensargument .....	457
a) Definition .....	457
b) Anwendungsbereich .....	458
c) Bewertung .....	460
d) Zwischenergebnis .....	463
3. Finanzierungsargument .....	463
a) Definition .....	463
b) Anwendungsbereich .....	463
aa) § 104 SGB VII .....	463
bb) § 105 SGB VII .....	464
cc) § 106 SGB VII .....	467
c) Bewertung .....	469
d) Zwischenergebnis .....	472
4. Betriebs-/Gefahrengemeinschaftsargument .....	473
a) Definition .....	473
b) Anwendungsbereich .....	473
c) Bewertung .....	474
d) Zwischenergebnis .....	476
5. Die §§ 104 ff. SGB VII als Teil einer „sozialen Haftpflichtversicherung“? .....	476
6. Besondere Schutzbedürftigkeit des Schädigers bei fremdbestimmter und -nütziger Arbeit .....	477
a) Definition .....	477
b) Anwendungsbereich .....	478
aa) §§ 104, 105 SGB VII .....	478
bb) § 106 SGB VII .....	479
c) Bewertung .....	481
7. Fazit .....	485
V. Verfassungsrechtliche Fragen .....	486
1. Grundsätzliche Verfassungsmäßigkeit der §§ 104 ff. SGB VII .....	486



a) Verstoß gegen Art. 14 I GG .....	486
b) Verletzung staatlicher Schutzpflichten aus Art. 2 II 1 GG .....	486
c) Verstoß gegen Art. 3 I GG .....	489
aa) Ungleichbehandlung auf Geschädigtenseite .....	489
bb) Ungleichbehandlung auf Schädigerseite .....	497
cc) Zwischenergebnis; Rechtsfolgen des Verfassungsverstoßes ...	498
2. Vereinbarkeit des Ausschlusses von Schmerzensgeld- ansprüchen mit Art. 3 I GG .....	500
VI. Schlussfolgerungen de lege ferenda: Streichung/ Änderung der §§ 105, 106 I Nr. 1, 2, II Nr. 1, III SGB VII .....	504
VII. Zusammenfassung .....	505
1. Allgemeines .....	505
2. Rechtspolitische und -dogmatische Legitimation .....	505
3. Verfassungsrechtliche Bewertung und Neuregelungs- vorschläge .....	507
F. Beschränkte Arbeitnehmerhaftung .....	508
I. Einleitung; Gang der Darstellung .....	508
II. Konzeptionelle Ausgestaltung der beschränkten Arbeitnehmerhaftung .....	509
1. Alternative Ansätze .....	509
a) Tatbestandslösungen .....	510
b) Rechtswidrigkeit .....	510
c) Lösungsansätze auf Verschuldensebene .....	510
2. Die Rechtsfolgenmodifikation der herrschenden Ansicht ....	513
a) Voraussetzungen .....	513
b) Rechtsfolge: Haftungsreduzierung nach Gesamtabwägung .....	514
III. Rechtspolitische und -dogmatische Rechtfertigung .....	517
1. „Betriebsrisiko“ .....	517
a) Ausgangspunkt .....	517
aa) Organisationshoheit des Arbeitgebers/Fremdbestimmtheit der Tätigkeit des Arbeitnehmers .....	518
bb) Cuius commodum, eius periculum/Fremdnützigkeit .....	519
cc) Menschliche Unzulänglichkeiten in einem Dauerschuld- verhältnis .....	520
dd) Weitere (Hilfs-)Faktoren .....	520
ee) Bewertung; Parallelen zu § 105 SGB VII .....	522
b) Wirkung des Betriebsrisikos als „Schadensverursachungs- zurechnungsgrund“ .....	523
c) Tragweite des Betriebsrisikogedankens Teil 1 – Grundsätzliche Ausgestaltung der Haftungsprivilegierung .....	524
aa) Keine Haftung bei leichtester Fahrlässigkeit .....	524
bb) Volle Haftung bei Vorsatz .....	524

cc) Schadensteilung bei mittlerer Fahrlässigkeit	525
dd) Haftungsentlastung auch bei grober/größter Fahrlässigkeit?	525
d) Tragweite des Betriebsrisikogedankens Teil 2 –	
Legitimität einzelner Kriterien	529
aa) Ausgangsüberlegung	529
bb) Berücksichtigung der mangelnden Perfektion der menschlichen Natur	530
cc) Einbeziehung der persönlichen Verhältnisse des Arbeitnehmers	532
dd) Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb	534
ee) Berücksichtigung der Schadenshöhe (Missverhältnis Lohn-Schadensrisiko/Haftungsbegrenzung wegen Existenzgefährdung)	535
ff) Versicherbarkeit des Schadensrisikos durch den Arbeitgeber	537
e) Zwischenergebnis	538
2. Grundrechtliches Schutzgebot	538
a) Meinungsstand	538
b) Stellungnahme	540
aa) Grundrechtsdogmatische Kritik	540
bb) Methodische Einwände gegen die Ableitung konkreter Vorgaben	544
cc) Inhaltliche Kritik	545
c) Ergebnis	549
3. Fürsorgegedanke	549
a) Meinungsstand	549
b) Stellungnahme	550
aa) Grundsätzliche Tauglichkeit des „Fürsorgegedankens“	550
bb) Tragfähigkeit für einzelne Kriterien	556
c) Ergebnis	563
4. Billigkeit	563
5. Folgerungen	565
a) Nicht berücksichtigungsfähige Kriterien und Faktoren	565
b) Persönlicher Anwendungsbereich	566
aa) Grundlagen	566
bb) Arbeitnehmerähnliche Personen	567
cc) Leitende Angestellte	569
dd) GmbH-Geschäftsführer	572
ee) Vorstände von Aktiengesellschaften und Aufsichtsratsmitglieder	578
ff) Freie Dienstverpflichtete, Werkunternehmer, Frachtführer und Spediteure	578
gg) Verwahrer und Lagerhalter	580
hh) Beauftragte	581
ii) Ehrenamtliche Vereinsmitglieder	583
jj) Gesamtergebnis	583

IV. Verfassungskonformität der beschränkten Arbeitnehmerhaftung .....	583
1. Verletzung der Eigentumsfreiheit (Abwehrkomponente)? ...	583
2. Verletzung staatlicher Schutzpflichten aus Art. 14 I GG? ....	584
3. Fazit .....	585
V. Normative Verankerung der beschränkten Arbeitnehmerhaftung .....	585
1. Betriebsrisiko .....	586
a) Traditionell: Verortung bei § 254 I BGB analog .....	586
b) Änderung durch die Schuldrechtsreform 2002? .....	587
c) Tragweite .....	588
2. Fürsorgegedanke .....	589
3. Zusammenfassung .....	590
VI. Dogmatische Qualifikation der beschränkten Arbeitnehmerhaftung als Schuldbeschränkung .....	590
VII. Zusammenfassung .....	591
1. Grundsätzliches .....	591
2. Rechtspolitische und -dogmatische Rechtfertigung .....	591
3. Personeller Anwendungsbereich .....	594
4. Verfassungskonformität .....	595
5. Normative Verortung .....	595
6. Arbeitnehmerhaftung als Schuldbeschränkung .....	596

### § 3 Übergreifende Aspekte

A. Einleitung .....	597
B. Allgemeine Reduktionsklausel bei Schadensersatzansprüchen: Abzugsrecht des Richters? .....	598
I. Einleitung; Gegenstand und Gang der Untersuchung .....	598
II. Historischer Hintergrund und aktuelle Situation .....	599
1. Diskussionen auf dem 43. Deutschen Juristentag 1960 .....	599
2. Normtext des § 255a BGB-E .....	600
3. Die Begründung der Entwurfsverfasser .....	600
4. Aktuelle Lage .....	602
III. De lege lata: Schutz vor existenzvernichtender Haftung über § 242 BGB? .....	603

1. Ausgangspunkt .....	603
2. Meinungsstand .....	605
a) Die Auffassung von Canaris .....	605
b) Weitere Stimmen .....	607
3. Stellungnahme .....	608
a) Verfassungsrechtlicher Hintergrund .....	608
b) Rechtsunsicherheit/Uferlosigkeit .....	609
c) Entgegenstehender Wille des Gesetzgebers, Kompetenz- und Funktionsordnung des Grundgesetzes .....	611
d) Bestehen einer Schutzlücke? .....	613
aa) Schuldnerberatungsstellen .....	613
bb) Haftungshöchstsummen .....	614
cc) Schutz über § 1629a BGB? .....	614
dd) Schutz über § 287 I ZPO? .....	615
ee) Schutz über § 765a ZPO? .....	616
ff) §§ 811 ff., 850 ff. ZPO .....	617
gg) Restschuldbefreiung, §§ 286 ff. InsO .....	618
hh) § 76 II 1 Nr. 3 SGB IV als spezialgesetzliche Reduktions- klausel .....	628
4. Zwischenergebnis und Würdigung .....	632
IV. De lege ferenda: Richterliche Reduktionsklausel als Alternative? .....	633
V. De lege ferenda: Richterliche Reduktionsklausel als Ergänzung? .....	635
1. Systemwidrigkeit der Berücksichtigung pöner Elemente? ..	635
2. Prozessökonomische Erwägungen? .....	637
3. Handhabbarkeit späterer Änderungen als Gegenargument? ..	638
4. Rechtsunsicherheit/Stellung des Richters im Verfassungsstaat .....	639
5. Disproportionalität zivil- und strafrechtlicher Folgen? .....	644
6. Bedürfnis nach der Korrektur einer „einäugigen Gerechtigkeit“ des Alles-oder-Nichts-Prinzips? .....	648
7. Verbesserung des Schädigerschutzes; Abwägung .....	650
VI. Ergebnisse .....	655
1. De lege lata .....	655
2. De lege ferenda .....	656
C. Abdingbarkeit von Haftungsbeschränkungsinstrumenten .....	657
I. Einleitung .....	657
II. Ausgangspunkt: Vertragsfreiheit der Parteien .....	658
III. Untersuchung der erörterten Haftungsbeschränkungs- instrumente .....	660

1. Dispositivität der Restschuldbefreiung .....	660
a) Einleitung .....	660
b) Antizipierte Neubegründungsvereinbarungen .....	660
aa) Schutz öffentlicher Interessen: Gleichlauf mit Verzicht auf Vollstreckungsschutz? .....	660
bb) Gläubigerschutz: Unzulässige Sonderabkommen nach § 294 II InsO? .....	663
cc) Unzulässigkeit antizipierter Neubegründungsvereinbarungen zum Schutz des Schuldners .....	668
dd) Zwischenergebnis .....	673
c) Nachfolgende Neubegründungsvereinbarungen .....	674
aa) Gläubigerschutz: Unzulässige Sonderabkommen nach § 294 II InsO? .....	674
bb) Öffentliche Interessen: Keine Unterminierung des Rest- schuldbefreiungsverfahrens? .....	675
cc) Schuldnerschutz .....	675
dd) Exkurs: Vertragstypologische Qualifikation nachfolgender Neubegründungsvereinbarungen .....	681
2. Abdingbarkeit gesetzlicher Haftungshöchstsummen .....	685
a) Einführung .....	685
b) Analyse des einfachen Gesetzesrechts .....	686
c) Schlussfolgerungen .....	687
aa) Schutz des schwächeren Schädigers (positive Privatautonomie)? .....	687
bb) Übereilungsschutz .....	689
cc) Zeitliche Grenze des Übereilungsschutzgedankens .....	691
d) Abbedingung vor Schadenskenntnis .....	692
aa) Sittenwidrigkeit, § 138 BGB .....	692
bb) Verstoß gegen § 307 I, II Nr. 1 BGB .....	694
e) Abbedingung nach Schadenskenntnis .....	695
f) Exkurs: Vertragstypologische Qualifikation .....	695
3. Dispositivität der erbrechtlichen Haftungs- beschränkungsinstrumente .....	696
a) Grundsätzliche Dispositivität .....	696
b) Einschränkungen? .....	697
4. Dispositivität der Grundsätze beschränkter Arbeitnehmerhaftung? .....	699
a) Einleitung und Meinungsstand .....	699
b) Stellungnahme .....	700
aa) Keine Ableitung der Abdingbarkeit aus den Materialien zur Schuldrechtsreform .....	700
bb) Einfachgesetzliche Betrachtung .....	701
cc) (Unzulässiger) Eingriff in die negative Privatautonomie? ....	702
dd) Schranken haftungsmodifizierender Absprachen .....	704
ee) Vertragstypologische Qualifikation .....	711

5. Dispositivität der §§ 104–106 SGB VII .....	711
a) Einleitung .....	711
b) Abbedingung zulasten des Arbeitgebers (§ 104 SGB VII) .....	712
c) Abbedingung zulasten des Arbeitnehmers (§ 105 SGB VII) .....	715
aa) Abbedingung vor Kenntnis des Arbeitnehmers vom Versicherungsfall .....	715
bb) Abbedingung nach Kenntnis des Arbeitnehmers vom Versicherungsfall .....	720
d) Exkurs: Verhältnis zu den Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung .....	720
e) Vertragstypologische Qualifikation .....	723
6. Disponibilität von § 13 II GmbHG? .....	723
a) Einleitung .....	723
b) Generelle Abbedingung der Haftungsbeschränkung im Gesellschaftsvertrag .....	723
c) Individualvertraglich begründete Einstandsverpflichtung .....	724
d) Gesellschaftsvertragliche Pflicht zur Mithaftung .....	725
IV. Synthese: Die Übereilungsschutzdimension von Haftungs- beschränkungsinstrumenten .....	726
V. Transfer: Verjährungsschwererungen .....	729
1. Einleitung .....	729
2. Die geltende Rechtslage .....	730
a) Vereinbarungen/Verzichte vor Verjährungseintritt .....	730
b) Vereinbarungen/Verzichte nach Verjährungseintritt .....	732
3. Legitimation der Dispositivitätsbeschränkung .....	732
a) Schutz der positiven Privatautonomie .....	733
b) Übereilungsschutz .....	734
c) Bedeutung des Übereilungsschutzgedankens mit Blick auf die Verjährungszwecke .....	735
VI. Zusammenfassung .....	737
1. Abdingbarkeit der einzelnen Haftungsbeschränkungs- instrumente .....	737
a) Ausgangspunkt .....	737
b) Restschuldbefreiung .....	737
c) Haftungshöchstsummen .....	738
d) Erbenhaftung .....	738
e) Beschränkte Arbeitnehmerhaftung .....	739
f) §§ 104 ff. SGB VII .....	739
g) § 13 II GmbHG .....	739
2. Übereilungsschutz als übergreifender Aspekt .....	740

D. Haftungsbeschränkung als Element moderner Industriegesellschaften .....	741
I. Einleitung .....	741
II. Historischer Entstehungszeitraum .....	742
III. Faktoren für die Entstehung moderner Haftungsbeschränkungsinstrumente .....	743
1. Anstieg der Schädigungspotentiale .....	743
a) „Vermassung“ .....	743
b) „Technisierung“ .....	745
c) Bedeutung für die Entstehung moderner Haftungsbeschränkungsinstrumente .....	746
2. Gewandeltes Menschenbild; Stellung des Menschen .....	752
a) Die Welt um 1800 .....	752
b) Wandlungsfaktoren .....	753
c) Allgemeine Folgen .....	755
d) Bedeutung für die Entstehung moderner Haftungsbeschränkungsinstrumente .....	756
3. Zusammenfassung und Ausblick .....	759
E. Fazit .....	760

## § 4 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

A. Die wichtigsten Ergebnisse des Grundlagenkapitels (§ 1) .....	763
B. Die wichtigsten Ergebnisse in Bezug auf die einzelnen Haftungsbeschränkungsinstrumente (§ 2) .....	764
I. Gesetzliche Haftungshöchstsummen .....	764
II. Die Restschuldbefreiung nach §§ 286 ff. InsO .....	766
III. Die Beschränkung der Erbenhaftung .....	766
IV. Die institutionelle Haftungsbeschränkung per GmbH-Gründung .....	768
V. Die Haftungsetzsetzung durch Versicherungsschutz nach §§ 104 ff. SGB VII .....	770
VI. Die beschränkte Arbeitnehmerhaftung .....	771

C. Die wichtigsten Ergebnisse aus dem Kapitel	
„Übergreifende Aspekte“ (§ 3) .....	774
I. Allgemeine Reduktionsklausel .....	774
II. Abdingbarkeit von Haftungsbeschränkungsinstrumenten .....	775
III. Haftungsbeschränkung als Element moderner Industriegesellschaften .....	776
Literaturverzeichnis .....	777
Sach- und Paragraphenverzeichnis .....	811